



A59843

Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik



Silfeding
auf dem
Parteitag zu Kiel
22. Mai 1927

Sozialdemokratische Partei Hamburg
Schulungs- u. Bildungsabteilung
Archiv u. Bibliothek

Eingegangen:

Sachgebiet:

Nummer:

948
Carlson
100 128 v

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Der Kapitalismus nach dem Kriege

Es ist sicherlich nie so schwierig gewesen, über die künftige Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse ein Urteil abzugeben, als in der Zeit nach dem Kriege. Die ökonomische Gesetzmäßigkeit war ja durch die Gewalt vollständig unterbrochen. Trotzdem glaube ich, daß wir, wenn nicht alle Anzeichen trügen, zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges in eine allgemeine, weltwirtschaftliche Besserung der Konjunktur einzutreten sind, die sich vor allem auch auf Deutschland erstreckt. Ich hebe das aus zwei Gründen hervor: einmal, weil wir gar kein Interesse daran haben, das Spiel derjenigen zu unterstützen, die angeblich aus außenpolitischen Gründen die deutsche Wirtschaftslage immer schwarz in schwarz malen, ohne damit das Ausland irgendwie täuschen zu können, die aber diese Schwarzmalerei als Vorwand gebrauchen gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiterklasse, um immer wieder auf die angeblich schlechte Konjunktur hinweisen zu können. (Sehr wahr!) Ich sage das aber auch aus einem allgemeinen Grunde. Ich habe immer zu denen gehört, die jede ökonomische Zusammenbruchstheorie ablehnten, weil gerade Karl Marx den Nachweis erbracht hat, daß eine solche ökonomische Zusammenbruchstheorie falsch ist. Aber nach dem Kriege konnte eine politische Zusammenbruchstheorie konzipiert werden. Sie wurde hauptsächlich von den Bolschewiki vertreten, die meinten, daß wir vor einem unmittelbaren Zusammenbruch des kapitalistischen Systems stünden. Demgegenüber müssen wir konstatieren, daß auch ein solcher politischer Zusammenbruch nicht eingetreten ist. Wir als Sozialisten haben, getreu unserer alten Auffassung, durchaus keinen Grund, diese Konstatierung etwa zu bebauern. Wir sind von jeher der Meinung gewesen, daß der Sturz des kapitalistischen Systems nicht irgendwie fatalistisch zu erwarten ist, nicht aus inneren Gesetzen des Systems eintreten wird, sondern daß der Sturz des kapitalistischen Systems die bewußte Tat der Arbeiterklasse sein muß. (Sehr richtig!) Marxismus ist nie Fatalismus gewesen, sondern im Gegenteil höchster Aktivismus. (Lebendige Zustimmung.) Der Satz des kommunistischen Manifests „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“ hat Doppelbedeutung. Die Befreiung ist das Werk der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie, aber auch das Werk der Arbeiterklasse, die bewußte Tat einer Klasse, die sich ihrer Situation in der kapitalistischen Gesellschaft bewußt wird und aus der Analyse dieser Situation die Konsequenz zieht, daß es gilt, das ganze System zu ändern.

Von der freien Konkurrenz zur organisierten Wirtschaft

Sobald die ersten Anzeichen einer Besserung der Wirtschaft zu verzeichnen waren, hat der unbeschränkte Teil der bürgerlichen Wissenschaft wieder einmal vom Ende des Marxismus gesprochen. Andere, Klügerer, haben gemeint, einen neuen Höhenflug des kapitalistischen Geistes voraussetzen zu können; demgegenüber hat z. B. Werner Sombart, der, wenn er die Methode anwendet, die er von Marx gelernt hat, noch immer Kluges zu sagen weiß, sich dahin ausgesprochen, das

stadium des Kapitalismus ist überschritten; er ist in seine Spätperiode getreten. Es ist interessant, daß auch Privatwirtschaftslehre, also Wissenschaftler, die dem kapitalistischen Geiste am nächsten stehen, wie z. B. Prof. Geller, von der Periode des Spätkapitalismus sprechen.

Wenn wir uns aber fragen, wie die Situation in Wirklichkeit ist, so müssen wir diese Situation zunächst einmal viel konkreter anschauen und genauer charakterisieren, als es etwa mit dem Ausdruck „Spätkapitalismus“ geschieht. Da ist das Entscheidende, daß wir augenblicklich in der Periode des Kapitalismus uns befinden, in der im wesentlichen die Ära der freien Konkurrenz, in der der Kapitalismus sein durch das Walten der blinden Marktgesetze beherrscht war, überwunden ist, und wir zu einer kapitalistischen Organisation der Wirtschaft kommen, also von der Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft.

Die organisierte Wirtschaft zeichnet sich — um das mit einigen Schlagworten anzudeuten — technisch dadurch aus, daß neben dem Dampf, neben der Elektrizität immer mehr die synthetische Chemie in den Vordergrund rückt, die etwa nach einem halben Jahrhundert wissenschaftlicher Entwicklung für die fabrikatorisch-technische Anwendung reif geworden ist. Diese Anwendung der Chemie bedeutet prinzipiell etwas Neues. Sie macht die kapitalistische Wirtschaft unabhängig von den einzelnen Rohstoffvorkommen, indem sie prinzipiell darauf ausgeht, wichtige Rohstoffe aus anorganischen Stoffen, die überall massenhaft vorhanden sind, künstlich herzustellen. Ich erinnere an die Erzeugung der Dole aus Braune- und Steinkohle, die für industrielle und Kraftszwecke von Bedeutung sind. Es hat eine Menge sogenannter Geopolitiker, Sozialisten und Nichtsozialisten, gegeben, die uns bereits auseinandergelegt haben, daß der neue Weltkrieg unbedingt kommen und ein Kampf um die Ölquellen sein werde. Wenn nun in Teuna und in Merseburg das Öl fabriziert wird, ist diese ganze geopolitische Richtung natürlich in tödliche Verlegenheit gesetzt. Zweitens geht die synthetische Chemie darauf aus, Rohstoffe in eine solche Form zu überführen, daß sie für industrielle Verwertung weitaus geeigneter sind, oder diesen Rohstoffen ganz neue Eigenschaften zu geben. Drittens geht die Entwicklung dahin, kostbare organische Stoffe aus billigen anorganischen Stoffen zu erzeugen. Ich erinnere an den kolossalen Aufschwung, den etwa die Kunstseide genommen hat, die in das bisherige Gebiet der Textilindustrie eingebrochen ist. An die Stelle der Seide, die die Maulbeermilcher erzeugen müssen, ist nunmehr ein chemisches Verfahren getreten, bei dem ein seidenähnlicher Stoff aus sehr billigen, überall vorhandenen Rohstoffen erzeugt wird. Es handelt sich hier um eine prinzipiell neue Sache, die geeignet ist, mit einer kolossalen Explosionskraft die gesamte Grundlage unserer Technik in der kapitalistischen Produktion umzuwälzen.

Das Charakteristische ist nun zweitens, daß die kapitalistische Industrie, in der ein mit neuer Energie geladenes wissenschaftliches Verfahren wirksam wird, von vornherein das Bestreben hat, in organisierter Weise die neuen Möglichkeiten auszunutzen. Es ist bezeichnend, daß neu entdeckte Industrien sich nicht nur wie schon in der unmittelbar vorhergehenden Periode von vornherein auf größter technischer Stufenleiter aufbauen, sondern sich zugleich organisieren, womöglich über die ganze Welt organisieren. z. B. die Kunstseidenindustrie ist nicht nur eine Monopolindustrie für Deutschland, sondern sie stellt im Grunde genommen einen einzigen internationalen kapitalistischen Konzern dar, der mit anderen Trustbildungen in Deutschland und in England eng verbunden ist und von da wiederum Verbindungen zu andern Konzernen zieht. Die Kartell- und Trust-

entwicklung, die sich in der Industrie vollzogen hat, ist so für neue Industrien überhaupt das erste Wort, mit dem sie in die Welt treten.

Ein dritte charakteristische Tatsache ist die Internationalisierung der kapitalistischen Industrie, das Bestreben, die nationalen Monopole, Kartelle und Trusts international aufzunehmen. Wer mit kapitalistischen Wirtschaftskreisen in Berührung kommt — und das ist sehr nützlich, weil es daraus antommt, die Psychologie des Gegners zu erkennen —, ist erstaunt, mit welchem Eifer diese Kreise, die vor dem Kriege in ihrer Wirtschaftseinstellung national abgeschlossen waren, heute internationale Verbindungen suchen, die Beziehungen mit dem Ausland pflegen, und wie sehr der Drang nach internationaler Organisation lebendig wird. Während die Organisation der Arbeiterklasse sich zuerst entwidete, die Gewerkschaften das erste organisierte Wirtschaftselement im Kapitalismus gewesen sind, haben die Unternehmer infolge ihres größeren Klassenbewusstseins und ihrer geringeren Zahl unsere Organisation eingeholt. Wir werden acht geben müssen, daß das auf internationalem Gebiete nicht ebenfalls eintritt.

Revolutionierende Handelspolitik

Gestatten Sie mir eine kleine Abschweifung! Wir haben die deutsche Handelspolitik vor allem bekämpft als unnötige Preiserhöhung für die agrarische Produktion. Aber das eigentlich Revolutionäre in der Handelspolitik der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege ist der industrielle Schutz Zoll gewesen, nicht als „Schutz der nationalen Arbeit“, aber als der stärkste Antrieb für die Organisation der Industrie, als der stärkste Antrieb zur Kartellierung und Vertikalisierung. Diese machte es möglich, daß der Schutz Zoll vollständig ausgenutzt werden konnte, daß der inländische Preis um den Betrag des Schutz Zolls über den Weltmarktpreis erhöht werden konnte. Damit wurde der Schutz Zoll geradezu zu einer Prämie für den Abschluß von Kartellen und Trusts.

Nun hätte man erwarten können, daß durch die Internationalisierung der Kartelle, durch die Ausschaltung der Konkurrenz zwischen den nationalen Wirtschaften, die Schutz Zollbewegung abflauen würde. Das Gegenteil ist eingetreten, weil jetzt der Schutz Zoll eine neue Funktion bekommt. Ist der deutsche Markt durch einen hohen Eingang Zoll geschützt, so bedeutet das, daß der deutsche Stahlwerksverband bei den Verhandlungen mit den Franzosen von vornherein sagen kann: Unser Markt ist geschützt, den hat der Staat uns vorbehalten, insofern gehört uns von vornherein die Quote im internationalen Stahlkartell, die auf den deutschen inländischen Absatz entfällt, und erst nachdem wir diese Quote erhalten haben, werden wir darüber reden, welche Ansprüche wir für die Quote auf dem Weltmarkt zu stellen haben.

Je höher der Schutz Zoll, desto größer und gesicherter die Quote, die das nationale Monopol bei der internationalen Monopolisierung für sich in Anspruch nimmt. Nun das Interessante für uns! Diese ganze Handelspolitik ist in Deutschland immer als Schutz der nationalen Arbeit gerechtfertigt worden. Jetzt bedeutet dieser Schutz der nationalen Arbeit zunächst Kartellschutz. Aber dieser Kartellschutz erleichtert den Abschluß internationaler Kartelle, so daß der deutsche Eingang Zoll also ein Schutz Zoll auch für das französische Eisenkartell ist, daß der Schutz der nationalen Arbeit zum stärksten Antrieb für den Abschluß internationaler Kartelle geworden ist, und daß die Deutschnationalen, die den Schutz der nationalen Arbeit immer wieder fordern, in Wirklichkeit damit einen Schutz der französischen, belgischen, polnischen, tschechischen Eisenindustrie fordern, weil die französische Eisenindustrie natürlich durch den Abschluß solcher Kartelle viel besser geschützt wird als durch einen Konkurrenzschutz auf dem internationalen Markt mit

der vorgeschrittenen deutschen Industrie. Die Handelspolitik hat also eine doppelte Seite, die reaktionäre Seite der Preiserhöhung, der Ausweicherung der Konsumenten, und die revolutionäre Seite der Steigerung der Organisations tendenzen in der kapitalistischen Gesellschaft.

Der Sozialismus — die Aufgabe unserer Zeit

Nun der vierte Punkt, der gewöhnlich nicht gesehen wird, der vorläufig erst in der Entwicklung angedeutet ist, der aber vielleicht der bedeutendste ist. Wir haben heute alle das Gefühl, daß auch der Privatbetrieb, die Wirtschaftsführung des einzelnen Unternehmers, aufgehört hat, Privatangelegenheit dieses Unternehmers zu sein. Die Gesellschaft hat verstanden, daß es ihr Interesse ist, wenn die Produktivität in jedem einzelnen Betriebe gesteigert wird, wenn also der betreffende Wirtschaftsführer auch wirtschaftlich seine technische und organisatorische, produktionssteigernde Pflicht als Unternehmer erfüllt. So erinnert daran, daß Institutionen wie das Kuratorium für Wirtschaftlichkeit, wie überhaupt alle behördlich geförderten Rationalisierungsbewegungen, die den Unternehmer bewegen sollen, die Leistungen der Betriebe zu erhöhen, nichts anderes bedeuten, als daß die Gesellschaft sagt: Führung des Unternehmens ist nicht mehr Privatangelegenheit des Unternehmers, sondern gesellschaftliche Angelegenheit. Das Wichtigste ist nun folgendes: Die Konzernbildung, das Zusammenfassen von immer mehr Betrieben in eine oberste Spitze bedeutet für die einzelnen Betriebe die Ausschaltung der freien Konkurrenz. Es ist kapitalistische Lehre gewesen, daß nur der Zwang der freien Konkurrenz die Wirtschaft fördern, die notwendigen technischen Erneuerungen und Fortschritte durchsetzen kann. Das Hauptargument gegen den Sozialismus ist immer gewesen: Ihr schaltet die private Initiative der freien Konkurrenz aus und wißt nichts an die Stelle zu setzen. Infolgedessen wird eure Wirtschaft nicht gehen, weil sie den Ehrgeiz und Eigennutz des Privatbesitzers der Produktionsmittel nicht in Rechnung stellt. Nun ist es sehr interessant zu sehen, wie in der Entwicklung der modernen Betriebswirtschaft nach Methoden gesucht wird, um diese freie Konkurrenz des privaten Eigennutzes durch wissenschaftliche, planmäßige Methoden zu ersetzen. Es ist ganz klar: der Konzernleiter hat das größte Interesse, jederzeit feststellen zu können, ob in dem einzelnen Betrieb, der einen Teil seines Unternehmens bildet, aber nicht mit andern gleichartigen Unternehmungen im selben Konzern konkurriert, der höchste Ausbeute erzielt wird. Es sind sehr viele Methoden ausgearbeitet worden, um an die Stelle der Konkurrenz aus Eigennutz eine wissenschaftliche Methode des Wettbewerb zu setzen. Damit haben wir Sozialisten zugleich das Prinzip unserer Wirtschaftsführung. Damit gibt der Kapitalismus selbst den Hauptanstoß auf, der gegen den Sozialismus erhoben kann, und damit fällt der letzte physiologische Einwand gegen den Sozialismus. (Sehr richtig!) Organisierte Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. Diese planmäßige, mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwirkung der Gesellschaft, das heißt nichts anderes, als der Einwirkung durch die einzige bewußte und mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation der Gesellschaft, der Einwirkung durch den Staat.

Wenn das so ist, dann treten sich klar gegenüber auf der einen Seite die kapitalistische Organisation der Wirtschaft, auf der andern Seite die Staatsorganisation, und das Problem ist, wie wir ihre gegenseitige Durchdringung gestalten wollen. Das heißt nichts anderes, als daß unserer Generation des

Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung diese von den kapitalistischen organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln. Daraus folgt, daß das Problem, das unserer Generation gestellt ist, nichts anderes sein kann als der Sozialismus. Wenn wir als Sozialdemokratie früher getämpft haben um politische Rechte, um die Ausdehnung und Erweiterung der Sozialpolitik, so ist durch die ökonomische Entwicklung selbst das Problem des Sozialismus gestellt.

Es ist also kein Zweifel: die Formel, es handle sich jetzt für uns um den Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus, ist richtig. Gestatten Sie mir aber dazu zwei Bemerkungen. Diese Formel ist ökonomisch und historisch richtig. Aber sie ist historisch richtig gewesen schon zu einer Zeit, wo wir noch um Sozialreform getämpft haben, weil Sozialreform für uns nichts anderes gewesen ist als die Wegbereitung für den Sozialismus. Denn dadurch haben wir uns immer von der bürgerlichen Sozialreform unterschieden. Die Formel ist auch ökonomisch richtig. Aber erschöpft sie den politischen Gehalt unserer Zeit? Als Massenpartei sind wir immer in folgendem Dilemma: Wir müssen uns an die Massen wenden mit einer möglichst einfachen und verständlichen Formel, aber andererseits bringt jede solche allgemeine Formel die Gefahr mit sich, daß sie die Politik der Partei zu sehr bindet (Sehr wahr!), denn die Formel ist zu weit, unterliegt also allen möglichen Deutungen, und bei jedem Schritt kann eingewendet werden: dieser politische Schritt widerspricht der allgemeinen Formel.

Staat und Wirtschaft

Ich habe von der wachsenden Durchdringung von Wirtschaft und Staat, von ihrem gegenseitigen Verhältnis, das durch die Organisation der Wirtschaft immer enger wird, gesprochen. Ich erinnere daran, daß der Staatseinfluß auf die Wirtschaft selbst in der Periode der freien Konkurrenz in gewissen Dingen immer vorhanden war. Ich erinnere an die Herrschaft des Staates über den Geldmarkt, die in den letzten Tagen wieder sehr deutlich geworden ist durch die in der Geschichte der Börsepaniken einzig dastehende Tatsache, daß eine kapitalistische Regierung künstlich eine Börsepanik erzeugt hat. Ich erinnere an die Fragen der Steuerpolitik, der Handelspolitik. Hier habe ich allerdings die Empfindung, daß es notwendig ist, den Massen wieder zu sagen, welche Bedeutung die Handelspolitik hat. Wir haben ein außerordentliches Steigen der Getreidepreise in der letzten Zeit erlebt und man muß den Massen klar machen, daß der Preis und Fleischpreis nicht allein ein ökonomischer, sondern Machtverhältnisse bestimmt ist, und daß es dringend notwendig ist, wenn die Massen wünschen, daß hier etwas gebessert wird, daß sie auch selbst die Initiative ergreifen und eine Politik treiben und unterstützen, die diesen politischen Faktor aus dem ökonomischen Preise vermindern oder ausmerzen kann.

Politik und Arbeitslohn

Aber, was wichtiger und neu ist, ist die Staatsregelung auf dem Gebiet, das unmittelbar das proletarische Schicksal angeht, nämlich auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes. Wir haben dank der Revolution die Arbeitslosenversicherung. Diese bedeutet eine ganz bestimmte Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben durch unser Tarifvertragswesen, durch die Schiedsgerichte heute eine politische Lohnregelung und eine politische Arbeitszeitregelung. Das persönliche Schicksal des Arbeiters wird bestimmt durch die Politik, die der Staat treibt. Wenn es gelungen

ist, bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als zwei Millionen im großen und ganzen für die Arbeiter den Reallohn zu halten, dann haben wir diese Sicherung des Reallohnes vor allem deswegen durchzuführen können, weil der politische Einfluß der Arbeiterklasse groß genug gewesen ist, um mit diesen Methoden der Arbeitslosenversicherung, des Schiedsgerichts und Tarifwesens wenigstens eine Senkung des Lohnes zu verhindern. Wir müssen es in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der **Woh n l o h n e i n p o l i t i s c h e r L o h n** ist, daß es von der Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet. Namentlich den Arbeiterfrauen muß es gesagt werden: wenn ihr zur Wahl geht, entscheidet ihr gleichzeitig über Brot und Fleisch und die Höhe des Lohnes. Das ist natürlich etwas Neues in der kapitalistischen Wirtschaft, das ist ein Element von großer ökonomischer, sozialer und politischer Bedeutung. Der Professor Cassel, der merkwürdigerweise als internationaler Sachverständiger herumreisen kann, ein Vorkesall aus der Menschheit des Sozialismus, hat schon recht, wenn er sagt: das widerspricht dem Wesen des Kapitalismus — nämlich wie er ihn gelernt hat. Das ist tatsächlich unvereinbar mit dem Prinzip der freien Konkurrenz. Das ist nur möglich, weil wir eine organisierte Wirtschaft haben, die in immer steigendem Maße der bewußten Organisation durch die Gesellschaft, durch den Staat unterliegt.

Sozialdemokratie und Staat

Und damit komme ich zu unserer Stellung zum Staat. Ich möchte mich hier auf die beste Marginalien berufen, auf die Geschichte, und die ist aus diesemmal in Uebereinstimmung mit Karl Marx. Wie ist unsere Einstellung zum Staat historisch gewesen? Kein Zweifel, daß die Arbeiterbewegung, insbesondere die sozialistische, von Anfang an der Träger des Gedankens des Staatseinflusses auf die Wirtschaft gegen den Liberalismus gewesen ist! Kein Zweifel, daß wir — zuerst auf dem Gebiet der Sozialpolitik — immer wieder das Eingreifen des Staates und die Vermehrung der Staatsmacht gefordert haben, daß wir sie jetzt wieder fordern über das Gebiet der Sozialpolitik hinaus auf das Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsführung. Betriebs- und Wirtschaftsführung als Angelegenheiten der Gesellschaft zu betrachten, ist gerade das sozialistische Prinzip, und die Gesellschaft hat kein anderes Organ, durch das sie bewußt handeln kann, als den Staat. Also für die Gegenwart ist kein Zweifel über unsere Stellung zum Staat möglich. Aber wenn das historisch so ist, so haben wir uns immer geäußert, in die Konstruktionen der bürgerlichen und namentlich der deutschen Staatsphilosophie zu verfallen. Die marxistische Methode verlangt, daß wir bei all den gesellschaftlichen Erscheinungen den Fetischismus dieser Erscheinungen auflösen durch die Analyse der Realität. Die deutsche Staatsphilosophie hat den Staat absolutisiert, vergottet; sie hat gelehrt: der Staat ist die Verwirklichung der Freiheit, der Eittlichkeit oder sonst eines metaphysischen Prinzips. Die deutsche Staatsphilosophie ist um so üppiger ins Kraut gewachsen, je weniger Staatsgewalt wir hatten. Seit 1870 haben wir überhaupt erst etwas, was man Staat nennen kann, und unsere Staatsphilosophie kommt aus dem 18. und dem Beginn des 19. Jahrhunderts, ist also unbrauchbar für jede Erkenntnis. Marx hat sicher ein entscheidendes Merkmal des Staates angegeben, indem er sagte, daß der Staat nicht nur als politischer Körper zu betrachten ist, sondern auch nach seinem sozialen Inhalt, der darin besteht, daß die herrschenden Klassen mittels der Staatsgewalt ihre Herrschaft aufrecht erhalten. Aber diese Staatsdefinition von Marx ist schon deswegen keine Staatslehre, weil sie für alle Staatsformationen ist dem

Beginn der Klassengesellschaft gibt und es darauf ankommt, die untercheidenden Merkmale der Staatsentwicklung sich klar zu machen.

Die Engländer, die so lange schon einen Staat haben, haben sich nie um diese staatsphilosophischen Konstruktionen bemüht. Die englische staatsrechtliche Literatur schreibt überhaupt nicht über den Staat, sondern on government, über die Regierung. Für uns Sozialisten sollte es selbstverständlich sein, daß eine Organisation besteht aus den Mitgliedern, der Leitung und dem Apparat, das heißt also, daß der Staat nichts anderes ist, als die Regierung, die Verwaltungsmaschinerie, und die Staatsbürger, die den Staat zusammenlegen — politisch gesehen. Das bedeutet in einem anderen Zusammenhange, daß das wesentliche Element jedes modernen Staates die Parteien sind, weil der einzelne seinen Willen nur durch das Medium der Partei zur Geltung bringen kann. Infolgedessen sind alle Parteien notwendige Bestandteile des Staates, genau wie die Regierung und die Verwaltung. Das bedeutet zugleich die Anerkennung der Grundfrage der marxistischen Definition, weil der Parteikampf nichts anderes widerspiegelt, als den Kampf der Klassen untereinander, der Parteikampf also der Ausdruck der Klassengegensätze ist.

Wenn so der Kampf um den Staat den Inhalt hat, Einfluß auf die Leitung der Wirtschaft zu erhalten, dann erst wird uns die ganze Genialität einer Bemerkung von Marx klar, auf die er solches Gewicht gelegt hat, daß er sie nicht nur im Kapital, sondern auch in der Inauguraladresse niedergelegt hat. Er spricht dort vom 10-Stundentag, und sagt zum Schluß: „Denn war das ZehnStunden Gesetz nicht nur ein großer praktischer Erfolg — es war der Sieg eines Prinzips. Zum ersten Male unterlag die politische Ökonomie der Bourgeoisie der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.“ Das bedeutet: immer mehr unterliegt die kapitalistische Gesellschaft dem zunehmenden Einfluß der Arbeiterklasse, immer mehr steigt das politische Prinzip der Arbeiterklasse, den Staat zu benutzen als Mittel zur Leitung und Beherrschung der Wirtschaft im allgemeinen Interesse. (Bravo!)

Bereinheitlichung des Gewerkschaftskampfes

Daß das nicht nur eine theoretische Einsicht ist, die wir den Massen entgegenzutragen haben, das zeigt die Entwicklung der Gewerkschaften. Es ist charakteristisch, daß die Gewerkschaften immer mehr politisiert werden, nicht im parteipolitischen Sinne, sondern in ihrer ganzen Ausgestaltung. In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten sie nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern führen um die Länge der Arbeitszeit und die Höhe des Lohnes. Jetzt stellen sich die Gewerkschaften selbst immer mehr andere Aufgaben, nicht mehr nur Beeinflussung des Staates auf sozialpolitischem Gebiet, sondern jetzt sind die beherrschenden Prinzipien in der gewerkschaftlichen Bewegung der Kampf um die Betriebsdemokratie und der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie. Die Wirtschaftsdemokratie ist die Unterordnung der wirtschaftlichen Privatinteressen unter das gesellschaftliche Interesse; Betriebsdemokratie ist die Aufsteigsmöglichkeit zur Leitung des Betriebes für den einzelnen je nach seinen Fähigkeiten. Aus der gewerkschaftlichen Entwicklung selbst ist im Zeitalter des organisierten Kapitalismus das sozialistische Ziel auf Verdrängung des Besitzprivilegs herausgewachsen. Die Gewerkschaften müssen sich sozialistische Aufgaben stellen. Der ganze Kampf innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung kann gar nicht anders geführt werden, als um die immer fortwährende Durchsetzung des sozialistischen Prinzips.

Was mir aber besonders bedeutsam erscheint, ist, daß das nicht etwa das Ziel der freien Gewerkschaften allein ist. Denn dann könnte man sagen, sie stehen ohnedies mit der sozialistischen Ideenwelt in engem Zusammenhange. Nein, dieselben Tendenzen und Gedanken ringen sich immer wieder bei den christlichen Gewerkschaften durch. Die Führer können den christlichen Arbeitern noch so sehr erzählen, daß sie sich von uns durch eine Weltauffassung unterscheiden, in Wirklichkeit lebt dasselbe Klassenbewußtsein heute bei den christlichen Arbeitern, wie bei den sozialistischen Arbeitern. (Sehr gut!) Sie überlegen es nur in eine andere Sprache, aber die Sprachverschiedenheit ist viel geringer als die zwischen Bayern und Sachsen. (Heiterkeit.) Das ist das neue Moment, das den Kampf um den Sozialismus verstärkt. Die politische Entwicklung in dem großen Kampf um die politische Emanzipation der Arbeiterklasse ging doch dahin, das Erbrecht, das Besitzprivileg, in der Politik zu brechen, zunächst das der Monarchen, dann das der Aristokratie, schließlich mußte in einem millionenfachen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie das Besitzprivileg beim Wählerfall und alle Wahlrechtsverfälschungen. Rein politisch ist das Besitzprivileg gebrochen. Der Arbeiter steht vor dem Widerspruch: politisch gibt es das Besitzprivileg nicht mehr, aber noch ökonomisch. Der Widerspruch ist so offenkundig, daß der ganze Inhalt seines Daseins dahin gehen muß, das Besitzprivileg auch wirtschaftlich zu beseitigen. Er hat als Staatsbürger die Macht, die Hand auf den politischen Hebel des Staates zu legen und dadurch auch das ökonomische Besitzprivileg zu beseitigen. Ich habe immer gefunden, daß die beste Definition des Wertes der Demokratie für den Klassenkampf von den schärfsten und vielleicht auch klügsten unserer Gegner, dem letzten Führer der Konservativen im alten Reichstag, Freiherr von Heydebrandt, gegeben wurde, als er den Saal bei der Beratung der Erbschaftsteuer mit dem Satz überlieferte: „Wir Konservativen werden es unter keinen Umständen dulden, daß das Portemonnaie der Reichen den Reichstag des gleichen Wahlrechts ausgetauscht wird.“ Der Mann hat verstanden, worauf es in der Demokratie ankommt, und wir haben keinen Grund, weniger verständnisvoll zu sein.

Die Demokratie — Sache der Arbeiterklasse

Historisch betrachtet ist doch die Demokratie stets die Sache des Proletariats gewesen. Ich habe mich immer über die Behauptung gewundert, die auch jetzt in einigen Anträgen steht, daß die Demokratie Sache der Bourgeoisie gewesen sei. Das heißt die Geschichte der Demokratie nicht kennen und nach blasser Intellektuellen-Art die Geschichte der Demokratie aus den Schriften einiger Theoretiker herauslesen wollen. In Wirklichkeit gibt es keinen schärferen politischen Kampf als den des Proletariats um die Demokratie gegen das Bürgertum. (Sehr richtig!) Es heißt die ganze sozialistische Vergangenheit, seitdem Marx das berühmte Wort gesprochen hat: es gilt, die Arbeiterklasse zur politischen Partei zu erheben, verlegen, wenn wir nicht einsehen wollen, daß dieser Kampf zu den Größten des proletarischen Kampfes gehört, und daß es historisch falsch und irreführend ist, von „bürgerlicher Demokratie“ zu reden. Die Demokratie ist unsere Sache gewesen. Wir haben sie dem Bürgertum in diesem Kampf abringen müssen. Ich erinnere an die Wahlrechtskämpfe. Wieviel proletarisches Blut ist für die Erringung des gleichen Wahlrechts geflossen! (Sehr richtig!)

Das Wort von der bürgerlichen Demokratie ist aber nicht nur historisch, sondern auch von dem Standpunkt der sozialen Analyse falsch. Demokratie bedeutet doch eine ganz andere Technik der Bildung des Staats-

willens. Im Obrigkeitstaat standen uns außer der bei den Wahlen zusammengefaßten und da ihren politischen Willen kundgebenden Staatsbürgerschaft bestimmte starke gesellschaftliche Organisationen gegenüber. Ich kann das nicht näher ausführen. Es genügt für uns Deutsche, schlagwortartig zu sagen: In Wirklichkeit war in allen entscheidenden Fragen der Wille des Reichstags eine Bagatelle gegenüber dem Willen der hohen Militärs, der hohen Bureaucratie, des Monarchen. Jetzt ist die Bildung des Staatswillens nichts anderes als die Komponente aus dem politischen Willen der einzelnen. Es stehen dem Reichstag nicht mehr schlaggegenetzte Organisationen der Herrschenden gegenüber, die Herrschenden müssen sich an den Staatsbürger wenden, und ihre Herrschaft im geistlichen Ringen mit uns immer wieder beständigen lassen von einer Mehrheit. Wenn nicht, so ist auf dem Boden der Demokratie ihre Herrschaft zu Ende.

Was aber, wenn die Herrschenden die Demokratie nicht respektieren? Ist das für uns ein Problem? Ist es nicht selbstverständliche Auffassung, ich sage, nicht nur jedes Sozialdemokraten, sondern ich sage abschließend: jedes Republikaners, daß in dem Augenblick des Versuchs der Zerstörung der Grundlage der Demokratie alle Mittel angewandt werden, um diese Grundlage zu sichern! (Sehr richtig!) Es handelt sich um die Frage der Anwendung der Gewalt. Nach den Erfahrungen, die wir 1918 in Deutschland gemacht haben, die wir insbesondere in Rußland erlebt haben, heißt Gewaltanwendung im Klassenkampf — ich spreche von wirklicher Gewaltanwendung, Säuen, Stechen, Schießen — nicht etwa ein vorübergehender Pulsschlag, sondern ein langwährender sehr erbitterter und außerordentlich verlustreicher Bürgerkrieg. Wenn die Grundlage der Demokratie zerstört wird, sind wir in der Defensive und haben keine Wahl. Dann müssen wir alle Mittel anwenden. (Sehr richtig!) Aber kein Sozialist — ich sage das gerade vom sozialistischen Standpunkt — wird etwa sagen: Der Sozialismus freut mich nicht, wenn ich keine Gewalt anwenden kann, um ihn zu verwirklichen. Ich zitiere damit ein Wort von Otto Bauer. (Sehr gut!) Wir werden das nicht tun, weil wir wissen, daß es kein schwereres Hemmnis der Verwirklichung des Sozialismus gibt, als den Bürgerkrieg, und weil wir in einer ungeheuer schwierigen Situation als Sozialisten stehen, wenn die proletarische Staatsmacht aus einem Bürgerkrieg hervorgeht. (Sehr richtig!) Deswegen haben wir als Proletariat ein unbedingtes Interesse an der Erhaltung der Demokratie. Wir wollen sie verteidigen — das muß immer wieder gesagt werden —, und deshalb banten wir dem Reichsbanner für seine Arbeit. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir hoffen, daß das Reichsbanner sich mit diesem republikanischen Bewußtsein erfüllt, daß kein Opfer gerade auch im Interesse der Arbeiterklasse zu groß wäre, um die Republik, die Demokratie zu erhalten. (Bravo!) Zurück: Und die Partei? Wenn Sie nicht verstanden haben, daß die Erhaltung der Demokratie und Republik das wichtigste Interesse der Partei ist, haben Sie nicht das ABC des politischen Denkens begriffen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Nicht nur historisch ist die Demokratie Proletariatsache, sie ist es auch soziologisch. Es ist wiederum eine ganz unhistorische Vorstellung, daß es etwas Gemeinsames zwischen antiker, frühbürgerlicher und unserer modernen Demokratie gibt. Die moderne Demokratie existiert nur, wo starke, mit politischem Bewußtsein erfüllte proletarische Organisationen dahinterstehen; sonst geht sie zugrunde. Sehen Sie sich die lateinamerikanischen Staaten an! Kamole Verfassungen, Demokratie in Ordnung, aber keine proletarische Organisation, Elitenwirtschaft, Militarismus usw., eine vollständige Verrottung, weil Demokratie nur möglich ist, wenn eine starke, bewußte Arbeiterklasse dahintersteht. Dasselbe gilt im Osten. (Bravo!)

Ebenso falsch ist das Wort von der formalen Demokratie, weil es verstanden heißt den intimen Zusammenhang zwischen Politik und sozialer Wirkung der Politik. Demokratie bedeutet eine andere, entweder schon vorgegebene oder der Möglichkeit nach andere politische Machtverteilung. Das bedeutet natürlich andere soziale Wirkungen, bedeutet, daß der Staatswille auch sozial anders geformt wird. Die Trennung von Politik und sozialer Wirkung läßt sich theoretisch, abstrakt in Schriften machen. In der politischen Wirklichkeit ist diese Trennung ganz falsch. Die politische Demokratie ist auch von diesem Standpunkt aus absolut Sache des Proletariats. Ganz falsch ist es also, zu sagen, daß die Demokratie formal ist. Sie ist von höchster inhaltlicher Bedeutung für jedes einzelne Arbeiterheftchen. (Sehr richtig!)

Nun laufen Leute in der Welt herum und schreien: Hilft Euch aber vor demokratischen Illusionen! Als Marx in seinen Jugendbüchern — noch vor dem Kommunistischen Manifest — darauf hinwies, daß die politische Emancipation nicht ausreicht, sondern die menschliche Emancipation hinzukommen müsse, was wir heute als die soziale Emancipation bezeichnen, war das damals gegenüber den über bürgerlichen Demokraten von der höchsten Bedeutung und eine sehr wichtige Erleuchtungsaufgabe, der sich damals Marx unterzog, um die in Gefolgschaft dieser Demokraten markierenden Arbeiter vor Illusionen zu bewahren. Aber ist es nicht eine blasse Intellektuellen-Verstellung, daß wir den Arbeiter, der tagtäglich in der Fabrik am eigenen Leibe acht und zehn Stunden lang verpircht, daß politische Emancipation noch nicht gleichbedeutend mit sozialer Emancipation ist, fortwährend vor Illusionen vor der bürgerlichen Demokratie warnen müssen? Das ist doch eine intellektuelle Kinderei, mit der wir uns herumklugieren sollen. (Sehr richtig!) Ich habe eine ganz andere Meinung. Die wirkliche Gefahr, die leider nicht nur Gefahr geduldet ist, ist die, daß es Proletariatschächern und Proletariate ganzer Länder gegeben hat, die die Wichtigkeit der Freiheit, der Demokratie nicht erkannt haben. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir haben uns immer mit Recht über das Bürgertum entrüstet, das seine liberalen Prinzipien aufgegeben hat. Ich bin in meiner Kritik vorchtiger geworden, seitdem ich erlebt habe, wie in Italien dieser Mussolini zur Macht gelangte, weil das italienische Proletariat nicht wußte, welches Gut die Freiheit, die Demokratie ist. (Händeklatschen.)

Was im Süden gilt, gilt für den Osten doppelt und dreifach (Sehr richtig!) Meine deprimierendsten Stunden in meinem Parteileben erlebte ich in dem Kampf, den ich in der Unabhängigen Sozialdemokratie gegen die Anhänger der 21 Moskauer Punkte führen mußte. (Sehr gut!) Viele Arbeiter haben nicht verstanden, was sie preisgaben, wenn sie sich diesen 21 diktatorischen Bedingungen nicht nur für das Staatsleben, sondern sogar für die eigene Partei unterordneten. (Sehr richtig!) Seitdem haben wir erfahren, was für ein Unglück der Bolschewismus gewesen ist. Darüber, ob der Bolschewismus reaktionär oder revolutionär gewirkt hat, wird später einmal die Geschichte zu urteilen haben. Ohne Zweifel ist es für uns Deutsche, für uns alle in Mitteleuropa ein sehr großes Unglück gewesen, daß der Sieg der Bolschewisten vor dem Sieg der demokratischen Revolution in Deutschland kam. (Sehr richtig!) Wenn wir damals nicht an der Demokratie festgehalten hätten, hätten wir sehr viel rascher die Spaltung der Arbeiterklasse überwinden, und ganz andere, größere Erfolge damals erreichen können, als es geschehen konnte, weil ein Teil der Arbeiterklasse gegen die eigene Front gekämpft hat unter Verkennung der Wichtigkeit der politischen Rechte. (Bravo! und Händeklatschen.) Wenn Illusionen zu zerstören sind, so sind es heute nicht mehr diejenigen, die Marx 1848 zerstört hat. Das ist doch ein ganz lächerlicher Buchstabenglaube. Wir müssen die Illusionen zerstören, die heute geschäftig sind, und heute sind es diese antidemokratischen Illusionen. (Sehr richtig!)

Monarchismus und Faschismus

Laßen Sie mich jetzt unterbreiten, wie die Frage von Monarchie und Republik steht. Ich habe mich über den Wortlaut der Resolution gewundert, in der gesagt wird, daß der Kampf für die Erhaltung der Republik, mit der sich die Bourgeoisie abgefunden habe, an Bedeutung zurücktritt. Würden die Arbeiter das glauben, würde das Reichsbanner in seinem Kampfe ermüden, Sie würden sich wundern, wie stark die Monarchisten aufs Neue vorstoßen würden. (Sehr richtig!) Es ist der Treibtrieb, den Sie den Monarchisten in Deutschland geben, wenn Sie sagen, daß der Kampf an Bedeutung verliert! (Händeklatschen.) Also so geht es nicht. Richtig ist, die Monarchisten haben eine schwere Niederlage erlitten, ihr Anhang in den Massen geht zurück. Die monarchistische Treue ist keine Hingensware, die man auf zwei Jahre einpöbeln kann, monarchistische Ergebenheit kann nicht wie eine Ulke behandelt werden, die man bei einer Bank „in Kasse“ gibt, und die man nach zwei Jahren zurückfordern kann, wenn der Kurs günstiger ist. Aber wenn das richtig ist, und wenn es auch richtig ist, daß der akute Kampf gegen die Republik heute nicht mehr so gefährlich ist, was folgt daraus? Folgt daraus nicht, was von größter Wichtigkeit ist, daß gewisse Gegenstände um die Staatsform im bürgerlichen Lager zurücktreten, daß die Vereinheitlichung der bürgerlichen Reaktion leichter wird, und daß damit ein Weg frei wird, den ich von jeher für gefährlicher gehalten habe als den Weg zur Monarchie? Wir haben in Deutschland Glück gehabt, wir haben so viel Monarchen, und die Auswahl ist sehr schwer. (Seitertzeit.) Aber wenn es nicht mehr um Republik oder Monarchie geht, so kann sich doch die gesamte Reaktion in Deutschland umso leichter in dem Kampf gegen die Demokratie und für den Faschismus einigen. (Sehr richtig!) Das ist die Verberberung. Die Deutschnationalen haben sich den Weg zum Faschismus leichter und freier gemacht, indem sie den Weg zur Monarchie beiseite gelassen haben. (Sehr richtig!) Die Gefahr, nicht für die Republik — das gebe ich zu —, nicht für die Staatsform, aber für den wirklichen Inhalt und Umfang der Demokratie ist außerordentlich gerade dadurch vergrößert worden, daß die Deutschnationalen ihre monarchistischen Ideen auf zwei Jahre eingepöbelt haben. (Sehr richtig!) Infolgedessen brauchen wir uns über die Formel, es handle sich um Republik und Monarchie, nicht zu streiten. Wir müssen uns aber bewußt sein, daß, wenn wir die Republik nicht mehr verteidigen, wenn wir das Proletariat nicht mehr mit dem Bewußtsein des hohen Wertes der Republik fortgesetzt erfüllen, die Republik sofort aufs neue gefährdet wäre. Der Kampf Republik und Monarchie steht also augenfällig in dieser Formulierung nicht im Vordergrund; aber er hat sich gewandelt zum Kampf: Faschismus gegen Demokratie. (Sehr richtig!) Wir würden den schlimmsten Fehler begehen, wenn wir dem Proletariat sagen würden: politisch braucht du dich weniger zu sorgen, es kommen jetzt nur die materiellen Fragen in Betracht.

Die Gefahren der Rechtsregierung

Diese Entwicklung zeigt uns auch die Gefahren, die die neue Rechtsregierung im Reich bedeutet. Das Zentrum ist sehr stolz, daß die Deutschnationalen die Richtlinien angenommen haben, daß Graf Westarp die Verlängerung des Republikshukgesetzes beantragt und dafür gestimmt hat. Das ist vom parteipolitischen Standpunkt des Zentrums und sogar der Republikaner ein politischer Erfolg. Es ist eine Schwächung der Position der Deutschnationalen. Aber ich hatte die Siege des Zentrums für trügerisch, weil es den Deutschnationalen nicht gerade die Form der Monarchie geht, sondern

um die Wiederherlangung ihrer sozialen Herrschaft über das deutsche Volk. (Sehr richtig!) Das ist die große Täuschung der Zentrumsarbeiter. Das Zentrum hat es wiederum meisterschaft verstanden, den Zentrumsarbeitern zu sagen: Was wollt Ihr, die Rechtsregierung ist glänzend, wir haben die Republik gesichert. Es gibt Parteigenossen, die dieselbe Auffassung vertreten. Nein, darauf kommt es den Deutschnationalen nicht an, und darauf kann es den Zentrumsarbeitern nicht ankommen. Worauf es beiden ankommt, ist der soziale Inhalt der Republik. Es besteht die große Gefahr, daß man mit solchen politischen Konfessionen die Zentrumsarbeiter über den reaktionären Inhalt dieser Regierung täuscht. (Sehr richtig!) Wir haben allen Grund, das aufzudecken. Denn in der Tat besteht die Gefahr, daß der schwarz-blaue Block der Vorkriegszeit sich unter Umständen für lange Zeit festsetzt. Ich glaube nicht, daß wir und die Zentrumsarbeiter daran politisch ein Interesse haben.

Der falsche und der wahre Kulturkampf

Eine zweite Täuschung des Zentrums muß von vornherein verhütet werden. Es handelt sich um den sogenannten Kulturkampf. Ich bestreite gar nicht, daß es eine große Zahl von Leuten gibt, die es durchaus ehrlich meinen, deren religiöse Überzeugung es ihnen nahelegt, auch den Staat dazu zu benutzen, diese religiöse Überzeugung zu fördern und der Jugend nahezubringen. Aber ich glaube, die Schichten der Wirtschaft und der Politik, die jetzt den Kulturkampf führen wollen, denen geht es wirklich nicht um die Religion, denen geht es darum, daß das Zentrum an die Spitze der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gekettet bleibt, damit unterdessen Großkapital und Großgrundbesitz herrschen können. Diese Entsekelung des Kulturkampfes in Deutschland ist ein sozial-reaktionärer Anschlag. Für uns gibt es nur eine Methode, dem entgegenzutreten. Wir müssen den christlichen Arbeitern sagen: **Uns trennt nicht die Weltanschauung**, nicht eine religiöse Überzeugung. Der Kampf, den der Liberalismus gegen die Kirche geführt hat, war in den europäischen Ländern notwendig, wo eine starke einheitliche Kirchenherrschaft mit dem absoluten Königtum sich unmittelbar verbunden hatte. Es ist ohne weiteres aus der Entwicklung der Kirche in Frankreich zu verstehen, daß es eine Hauptaufgabe des französischen Liberalismus gewesen ist, diesen Kampf zu führen. In Ländern mit Kirchentrennung, mit verschiedenen Bekenntnissen, wo eine einheitliche Kirchenherrschaft von vornherein nicht bestand, liegen die Dinge anders, und ganz besonders in der heutigen Zeit, wo die Kirche eine Unmasse geistiger Beeinflussungsmittel besitzt, denen wir nur auf gesellschaftlichem Boden, nicht durch die Gesetzgebung entgegenzutreten können. Dieser Kampf der Geister wird überhaupt nicht von heute auf morgen entschieden, sondern einmal in einer freieren Gesellschaft, wo die Dinge nicht mehr verhäßt sind, wo die Herrschaftsverhältnisse nicht mehr von der Tradition geheiligt sind, und jeder einzelne auf Grund einer ganz anderen wissenschaftlichen Ausbildung zu diesem Problem wird Stellung nehmen können.

Aber mit unseren sozialen Forderungen, mit unserem politischen Streben haben diese religiösen Gegenstände, diese Weltanschauungsfragen nicht das Geringste zu tun. (Sehr richtig!) Daß religiöse Überzeugungen allein durchaus kein Hindernis im Klassenkampf zu bedeuten brauchen, klingt uns Deutschen, überhaupt den kontinentalen Europäern verwunderlich. Aber gehen Sie nach England! (Sehr richtig!) Hören Sie sich diese Sonntagsprediger an, und Sie werden erstaunt sein, wieviel Mitglieder der Arbeiterpartei, und sogar die radikalsten, sind. Auf diese Erscheinung kann ich hier nicht näher eingehen, aber hierüber muß den christlichen Arbeitern

gefragt werden, unser Schulkampf, euer Schulkampf, ist in Wirklichkeit etwas ganz anderes. Er ist ein Teil unseres sozialen Bekämpfungskampfes.

Ich habe von der Bedeutung des Besitzprivilegs durch die politische Demokratie gesprochen. Wollen wir den Aufstieg der Arbeiter, wollen wir die Leitung der Wirtschaft durch Vertrauensmänner der Arbeiterklasse, so ist es klar, daß wir die Arbeiterklasse in einem ganz anderen Umfang mit Wissen und technischen Kenntnissen ausstatten müssen, als was bis heute die Bourgeoisie der Arbeiterklasse gegeben hat. (Sehr richtig!) Unser Schulkampf ist ein Stück des sozialen Bekämpfungskampfes. Für uns ist es wichtig, daß wir eine Schule bekommen, die möglichst lange die Kinder aller Volksklassen umfaßt, eine Schule, die wirklich dem einzelnen Proletariat die Möglichkeit gibt, sich fortzubilden, sich für die ganz großen Aufgaben auszurüsten, die er in der Gesellschaft zu erfüllen hat und heute noch nicht erfüllen kann, weil er zu wenig weiß und kann. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die Forderung des Bildungsprivilegs, die nicht minder wichtig ist als die Forderung des Besitzprivilegs. (Sehr richtig!) Wir müssen die christlichen Arbeiter auffordern, mit uns für eine Schule zu kämpfen, die das Bildungsprivileg beseitigt und den Kindern der Arbeiterklasse die Möglichkeit gibt, nach ihren Fähigkeiten und nicht nach dem Geldbeutel des Vaters beurteilt zu werden. (Bravo! und Händeklatschen.) Das ist unser wahrer Kulturkampf. Wir wollen nicht dulden, daß dieser Kampf — der Kampf der Arbeiterklasse ist ein fortwährender Kampf um höheren Anteil an der Kultur — durch sozialreaktionäre Zwecke verflüchtigt wird, daß Arbeiter gegen Arbeiter wegen privater Anschauungen gegeneinander gehetzt werden, die weder unsere sozialen noch unsere politischen Ziele berühren. (Bravo!)

Kampf um den Einheitsstaat

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Gefagten? Es ergibt sich für uns wieder eine große staatliche Aufgabe. Wir müssen aus dem Staat das beste politische Instrument machen, das er heute auch nach der neuen Verfassung sein politisch gesehen noch nicht ist. Wir müssen mit größter Energie alle in den Kampf um den Einheitsstaat führen. Der heutige Zustand ist ein Schandfleck sowohl auf den Gedanken des nationalen Einheitsstaates wie auf den des Föderationsstaates. Das Prinzip des Föderationsstaates ist die Gleichberechtigung gleicher Teile, die zusammenwirken, um den Gesamtwillen des Staates schließlich zu erzeugen. Diese Gleichberechtigung haben wir nicht. Preußen hat einmal ganz richtig gesagt, daß der Zustand vor dem Kriege keineswegs etwas der eines Föderationsstaates gewesen ist, sondern daß er nichts anderes war als ein preussischer Hegemonienstaat in föderalistischer Felleibung. Nun hat man sich infolge einer Verletzung eigenartiger Umstände bei der Schaffung der neuen Verfassung geradezu einer Gleichberechtigung gegen das Prinzip des Föderationsstaates als insbesondere gegen das Prinzip der Demokratie schuldig gemacht, und zwar mit der Entzückung Preußens. Ich sagte: das Prinzip des Föderationsstaates ist die Gleichberechtigung gleicher Teile. Preußen umfaßt $\frac{2}{3}$ des deutschen Volkes. Es ist im Reichsrat übermäßig mit $\frac{1}{2}$ der Stimmen, mit 27 von 88, vertreten. Aber das wäre nicht das Entsetzliche. Vor dem Kriege war die Sache doch so, daß in Wirklichkeit Deutschland von Preußen, vom preussischen Königshaus regiert wurde. Kein Reichsgesetz wurde vorgelegt, dem nicht vorher die preussische Regierung ihre Zustimmung gegeben hätte. Das Gewicht der preussischen Stimmen entschied absolut, und die kleineren Staaten wagten nie anders zu stimmen als Preußen. Heute aber ist Preußen ohne jeden staatsrechtlichen Zusammenhang mit der Reichsregierung. Die preussische Regierung hat auf die Reichsregierung keinen anderen staatspolitischen Einfluß als die bagatelle; das

einzige Organ, durch das sie wirken kann, ist der Reichsrat. Aber dieser ohne hin verminderte Einfluß Preußens wird durch die eigentümliche Art der Vertretung noch aufgehoben, indem in Preußen als einzigem Gliedstaat des Reiches die Provinzialabteilungen eingeführt worden sind. Wir erleben bei jeder wichtigen Abstimmung, daß die Stimmen der Provinzialvertreter und die der preussischen Regierung gegeneinander abgegeben werden und sich gegenseitig aufheben. Das Ergebnis ist, daß Preußen bei den Abstimmungen im Reichsrat nur mit drei bis vier Stimmen zur Geltung kommt.

Aber damit nicht genug! Diese ganze Vertretung der Provinzen ist wiederum innerhalb Preußens eine partielle Entzückung der Sozialdemokratie. Bei den letzten Wahlen in Preußen hat die Sozialdemokratie 25 Prozent der Stimmen bekommen. Die Vertretung der Sozialdemokratie im Reichsrat beträgt dagegen nur 7,5 Prozent. (Hört, hört!) Sie ist vollständig gleich der Vertretung der Demokraten. Wir haben ein Viertel der Bevölkerung, haben aber im ganzen Reichsrat nur eine Stimme. Umgekehrt hat das Zentrum 17,5 Prozent der Stimmen erhalten, ist aber im Reichsrat mit 38,5 Prozent vertreten. Es hat also eine mehr als doppelte Vertretung, als sie ihm nach seiner Bedeutung in der Wählerkraft zukommen würde. Dieser Zustand bedeutet eine Entzückung der preussischen Bevölkerung. Er widerspricht jedem Prinzip der Demokratie und ist auf die Dauer unerträglich. (Zustimmung.) Der jetzige Zustand bedeutet eine außerordentliche Verstärkung des Gewichts der kleinen Länder, und darunter wiederum des politisch rückständigen Landes, Bessarabien. Die ganze Art der deutschen Reichsgestaltung ist ja von jedem Standpunkte aus unerträglich. Ich erinnere daran, daß wir im Deutschen Reich 59 Minister, 42 Senatoren und, wenn ich nicht irre, gegen 2000 Abgeordnete hatten, die mit 18 Parlamenten insgesamt jährlich 15 Millionen Mark kosten. Aber das wäre noch sehr billig, wenn man den Ministern, Senatoren und Abgeordneten dieses Geld dafür gäbe, daß sie nichts arbeiten. Aber die Arbeit arbeiten, und das bedeutet schon eine solche Verschwendung der Kraft, eine solche Summe von Reibungen und Reibschwierigkeiten, daß unsere Verwaltung nicht nur die teuerste, sondern auch die zeitungswollste und steilste dieser Art ist, die in den großen Nationalstaaten mit dem größten Aufwand den kleinsten Nutzen erzielt. (Sehr wahr!) Darüber, was es für die Wirtschaft bedeutet, daß Deutschland nicht abgegrenzt ist nach Wirtschaftsbezirken, sondern nach der Größe des Landesraums, den die Rheinbundesstaaten im Interesse Napoleons begangen haben (Lebige Zustimmung), brauche ich nicht lange zu reden. Jeder Transfronter ist sich bewußt, was für ein Hindernis seine unmittelbare Landesgrenze ist. (Sehr richtig!) Die Auseinanderlegung zwischen Preußen und Hamburg ist doch für jeden national und wirtschaftlich Denkenden ein Trauerspiel, eine Unmöglichkeit. (Lebige Zustimmung.) Ich war kurz nach dieser Auseinanderlegung auf einer Konferenz in London, und habe mit den Londoner Hafen angehehen. Der Londoner Hafen ist selbstverständlich ein absolut einheitliches Gebiet; Landstelle, die für die Erweiterung in Betracht kommen, unterliegen einer einzigen Hafenbehörde. Die Hafenverwaltung ist ungeteilt das, was bei uns einem Bundesstaat entsprechen würde, nur unmittelbar der Reichsregierung unterstellt. Das ist das einzig Vernünftige, ist aber bei uns nicht durchzuführen, solange wir die Parität erhalten haben.

Alle diese Reibungen und wirtschaftlichen Zerkleinerungen sind jedoch lange noch nicht das Entsetzliche. Wir können in Deutschland nicht zu einer wirklichen Selbstverwaltung der Gemeinden kommen, solange wir nicht die Einheitlichkeit des Reiches haben. In England ist die Sache so, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden auch kontrolliert wird, aber doch nicht von 18 Souveränen, von Seiten, die weder wirtschaftlich noch

politisch fähig sind, zu kontrollieren. Was soll Schaumburg-Lippe etwa in die Selbstverwaltung hineinkontrollieren? Was wir brauchen, ist allerdings eine Kontrolle der Selbstverwaltung — es gibt keine Selbstverwaltung ohne Kontrolle —, aber eine, die nach großen Gesichtspunkten einseitlich vom Reich ausgeht. (Sehr richtig!) Nur dann können wir zu einer wirklichen Selbstverwaltung, wenn die großen Städte wieder das werden, was sie in der Geschichte einmal gewesen sind, und als ihren Stolz betrachten, wenn sie reichsunmittelbar werden und endlich aufhören, länderförmig zu sein.

Alles das sind Verwaltungsgeheimnisse. Aber nur in Deutschland existiert die Trennung der politischen und kulturellen Aufgaben, die die Reichspolitik im wesentlichen auf eine Reihe materieller Aufgaben, auf die Sozialpolitik, die Steuerpolitik, die Handelspolitik beschränkt, aber die eigentlichen Kulturaufgaben, die Fragen der Schule, der Hebung der Kultur usw., den Ländern überweist. Alle Kulturaufgaben, die der Politik erst für viele Jahre geben, sind nicht Reichssache, sondern auf die Länder verteilt. Eine einheitliche politische Bewegung für eine große Kulturstufe ist solange nicht denkbar, solange wir sie nicht als Reichsbewegung gleichzeitig mit dem ganzen Gange eines politischen Reichstagskampfes führen können. (Sehr richtig!) Es findet also eine Materialisierung der Reichspolitik statt, die das ganze politische Verhalten unseres Volkes beeinträchtigt. Es handelt sich also bei dieser Länderzerpflitterung einerseits um eine Verringerung der Stokraft unseres ganzen politischen Kampfes, andererseits darum, daß wir, die wir die großen Aufgaben des Staates erkannt haben, natürlich wollen müssen, daß diese Staatsgewalt auch imstande ist, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sind also Vertreter einer starken Reichsgewalt, und diese starke Reichsgewalt kann nicht existieren, solange sie nicht die Verwaltung hat. Schon aus diesem Grunde ist die Trennung in Länder, ist diese Zerstückelung Deutschlands nicht erträglich, und insofern gehört die Forderung des Einheitsstaates zu einer unserer wichtigsten Forderungen. (Zustimmung.)

Ich bitte Sie deshalb, gemäß dem Hamburger Antrag den Parteien vorzulegen, eine Kommission einzusetzen, die die besten Wege zu prüfen haben wird, die zum Einheitsstaat führen. Drei Dinge stehen im Vordergrund der Diskussion. Die Frage Groß-Preußen, die Frage, ob es möglich ist, zum Einheitsstaat auf dem Wege der Reichsreform zu kommen, und schließlich die Frage, ob wir einen direkten Weg wälsten müssen, ob eine Neuordnung Deutschlands vom Reich aus vorzunehmen ist. Aber schon jetzt möchte ich Otto Braun durchaus zustimmen, wenn er in seiner Schrift „Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem“ sagt: „Das Reich muß alle Möglichkeiten, die ihm die Reichsverfassung auf legislativem wie administrativem Gebiete gibt, reiflos ausschöpfen, um zum Einheitsstaat zu kommen.“ Ich glaube, daß dieser Kampf um den Einheitsstaat einer der wichtigsten politischen Kämpfe ist, weil er unsere politische Stokraft erhöhen wird. (Sehr wahr!)

Wenn dem so ist, wird der Kampf um den Einheitsstaat etwa gebiert durch die Formel: Kapitalismus oder Sozialismus? Wenn wir durch den Eintritt in eine Regierungskoalition — ich rede nicht davon als einer Notwendigkeit, aber als einer Möglichkeit — etwa den Einheitsstaat in Deutschland verwirklichen könnten, sollten wir dann sagen: nein, unter keinen Umständen? Das ist eine ganz unmögliche Stellungnahme, und schon das beweist, daß man mit der Formel „Kapitalismus oder Sozialismus“ politisch in sehr vielen Situationen gar nichts anfangen können. (Zustimmung.)

Die Länderregierungen

Die zweite Konsequenz! Wenn die Wirtschaft immer organisiert und der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft immer bedeutender wird, ist es ganz klar, daß es das Interesse der Arbeiterklasse sein muß, immer größere Möglichkeiten zu haben, sich in der Kommunal- und Länderverwaltung zu betätigen. (Sehr richtig!) Länder sind Verwaltungen und keine staatlichen Hoheitsgebiete. Ich glaube, daß selbst die Gründe, die man von der einen oder anderen Seite gegen eine Koalitionsregierung im Reich vorbringen kann, für die Teilnahme an diesen Verwaltungen keineswegs ohne weiteres zutreffen können. (Sehr gut!)

Ich halte es insofern auch nicht für richtig, und zwar habe ich dabei einen konkreten Fall im Auge, wenn etwa bei Bildung von neuen Länderregierungen plötzlich Forderungen auftauchen, die in Wirklichkeit nur die Reichsregierung angehen. (Zustimmung.) Damit sage ich etwas, was in der ganzen Welt gilt. Für uns war es ja nie ein Problem, im Magistrat einer Kommune vertreten zu sein, auch wenn wir keine Majorität hatten, und ich sehe nicht ein, wodurch sich die kommunale Vereinigung, die Thüringen oder Sachsen selbst, so wesentlich vom Berliner Magistrat unterscheiden sollte. (Sehr richtig!) In Oesterreich ist es auch nicht anders. In Wien, wo die Sozialdemokraten die Majorität haben, sitzen in der eigentlichen Stadtverwaltung neben der sozialistischen Mehrheit auch die christlich-sozialen Minderheitsvertreter. Und in den österreichischen Länderregierungen haben es sich die Oesterreicher unter Mitwirkung der Sozialdemokratie so eingerichtet, daß diese Regierungen nach dem Proportionalmaßsystem gewählt werden. Diese angeblichen Koalitionsfeinde haben verfassungsmäßig dafür gesorgt, daß sie in den Ländern wenigstens das Problem der Koalitionsregierung nicht haben. Wir haben das stärkste Interesse, schon wegen der Erziehung der Arbeiterklasse, ferner, weil es für uns wesentlich ist, wer im Reichsrat sitzt, in den Stadtverwaltungen und Länderregierungen vertreten zu sein. (Zustimmung.) Es ist eine Preisgabe von Machtpositionen, wenn von manchen Parteigenossen auf die Vertretung in den Länderregierungen oft so wenig Wert gelegt wird.

Unsere geschichtliche Leistung

Das gilt für alle Länder mit Ausnahme Preußens. Bei Preußen steht die politische Bedeutung höher als die Verwaltungsbedeutung. Lassen Sie mich endlich etwas sagen, was zu sagen mir ein Bedürfnis ist! Die kommunale Arbeit unserer Genossen in Wien ist gewiß ein glänzendes Beispiel sozialistischer Kommunalpolitik. Aber ich möchte wünschen, daß man hier und da auch einmal etwas darüber erfähre, daß schließlich auch der deutsche Sozialist in der Kommune gewisse Leistungen aufzuweisen hat. (Sehr wahr!) Ich verkenne nicht die Bedeutung des Mieterkampfes. Mit Recht werden die großen Verdienste der österreichischen Sozialdemokratie nicht nur, sondern auch der Männer wie Brettnet, Seib, Danneberg und Otto Bauer gerühmt; aber dürfen wir wirklich nicht sagen, was in Preußen geleistet worden ist? (Sehr gut!) daß, so wichtig der Mieterkampf ist, es doch eine ganz andere Sache gewesen ist Schläger der Republik, Schläger der Demokratie zu sein. (Zustimmung.) Dank Otto Braun und dank namentlich Karl Schönerling ist es geschehen, daß die Wellen sowohl des Volkswirtschafts als des Sozialismus sich an Preußen gebrochen haben. (Sehr Zustimmung.) Das war eine weltgeschichtliche Leistung. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Die Geschichte wird einst erzählen, daß dieser kleine Metallarbeiter aus Bielefeld für Mitteleuropa, ja für ganz Europa geleistet hat. (Stürmische Zustimmung.) Das muß einmal gesagt werden, weil es im Interesse der Sozialdemokratie,

im Interesse des Proletariats notwendig ist, der dummen Legende entgegenzuarbeiten, als hätten wir keine Führer, als hätten wir keine Männer. (Sturm. Bravo!) Muß man sich denn nicht schämen — mir passiert das immer wieder —, wenn man mit einem Reichstschenden spricht, und dieser Mann sagt: „Ja, Sie habt den Otto Braun; wir haben keinen solchen Mann“, und wenn dann hier jemand auftritt und erklärt, eine solche Anerkennung sei himmlische Liebesdienerei! Das ist doch nicht auszuhalten! Wir müssen es lernen, solche Sachen zu sagen, und davon darf uns auch nicht die Angst abhalten: wie sage ich das meinem Funktionär! (Lebhafter Zustimmung.)

Nun lassen Sie mich noch eins ruhig sagen, gerade, weil ich der preußischen Politik ferner stehe. Wir hatten nach dem Weggang Severings schwere Sorgen, ob er in entsprechender Weise ersetzt werden könnte. Diese Sorgen sind heute verschwunden. Wir freuen uns, daß Severing einen Nachfolger bekommen hat, der seine Sache ausgezeichnet macht, und Sie werden Verständnis dafür haben, daß die preußischen Genossen sich Vorträge verbitten müssen, die einen Mann auf so exponiertem Posten bisamieren wollen. (Lebhafter Zustimmung.) So kann man einen Wahlkampf nicht führen und nicht an die Massen gehen, wenn man sich selbst gegenseitig herunterreißt. (Sturm. Zustimmung.) Wenn ich eine solche Feste im sozialdemokratischen Lager; aber Preußen ist eine stolze Feste im Lager der Republik, und unsere Aufgabe kann es nur sein, es zu einer stolzen Feste im Lager des Sozialismus zu machen. (Erneute Sturm. Zustimmung.) Wenn man manche Anträge liest, könnte man meinen, die wichtigste Aufgabe des proletarischen Kampfes in Deutschland sei der Sturz der preußischen Regierung. (Sehr wahr!) Nein, die wichtigste Aufgabe des Klassenkampfes in Deutschland ist der Sturz der Reichsregierung. (Sehr richtig!)

Die Koalitionsfrage im Reich

Wie liegen denn nun die Dinge im Reich, wie steht hier das Koalitionsproblem? Zunächst etwas Negatives! Es ist eine Unsinnsware, scheint aber mitunter vergessen zu werden, daß in jedem Staat regiert werden muß. Wenn wir erklären, daß wir unter keinen Umständen mitregieren, unter keinen Umständen eine Regierung unterstützen, so wird eine Regierung von den Gegnern der Sozialdemokratie gebildet werden. (Zustimmung.) Das kann natürlich passieren. Ich glaube auch, im Laufe der politischen Kämpfe wird die Situation für eine Koalitionsregierung immer fester werden, aber wir dürfen doch nicht den Leuten die Verantwortung dafür abnehmen, daß sie sich gegen die Arbeiterkräfte vereinen. (Sehr richtig!) Es heiße doch gerade das Zentrum entlasten, wenn wir erklären würden: unter keinen Umständen eine Koalitionsregierung im Reich! (Zustimmung.) Wir würden doch damit zugleich erklären, die Deutschnationalen müssen unter allen Umständen in der Regierung bleiben. (Erneute Zustimmung.) Ich muß gestehen: ich wüßte nicht, wie ich mit einer solchen Erklärung den politischen Kampf draußen in den Massen eigentlich führen soll. (Sehr gut!) Dieser Formelstramp, mit dem wir uns immer wieder begnügen wollen, ist ein Verhängnis; wir müssen endlich davon loskommen. Es ist früher, im Obrigkeitstaat, ziemlich günstig gewesen, wie die Resolution in dem einen oder anderen Wort oder Absatz gelautes haben mag, damals, als wir keinen politischen Einfluß hatten und keine politische Verantwortung übernehmen konnten. Heute, wo wir Politik treiben müssen, wo von uns die Gestaltung des Staatswillens mit bestimmt wird — denn auch die Sozialdemokratie ist ein Teil des Staates, und wenn sie nicht wäre, bestände ein ganz anderer Staat und ein ganz anderer Staatswille —, von vornherein die Formel zu prägen, unter keinen Umständen die

Verantwortung einer Regierung zu übernehmen, wäre das Falschste, was wir überhaupt tun könnten, das hieße, das Spiel der Gegner spielen. (Lebhafter Zustimmung.) Darüber kommt eben kein Sozialdemokrat hinweg. Deswegen haben wir die sehr erfreuliche Erscheinung in der Partei, daß heute kein Mensch mehr aussteigt und sagt, er ist prinzipiell Gegner der Koalitionspolitik. Wenn es aber eine taktische Frage ist, dann können Sie nicht die Taktik für alle künftigen Fälle binden wollen, dann müssen Sie freie Beweglichkeit statuieren.

Der Kampf um die Reichswehr

Wenn ich über Regierungsbildung im Reich spreche, so lassen Sie mich doch in möglichster Kürze eine Frage erörtern, die im Mittelpunkt des Interesses sowohl als auch im Mittelpunkt der Machtpolitik steht: ich meine die Reichswehrfrage! Unsere Stellung in bezug auf Militärfragen hat sich grundsätzlich geändert. Wir waren vor dem Kriege grundsätzliche Gegner der stehenden Armee und haben demgegenüber die Forderung der Miliz vertreten. Ueber diese Forderung der Miliz haben wir noch nicht endgültig entschieden. Wir haben den dringenden Wunsch, daß die Internationale, die für diese Frage ein Kommissions eingeholt hat, zunächst einmal diese Angelegenheit erörtert. Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich — und ich glaube, auch die große Mehrheit unseres Parteivorstandes — heute Gegner der Milizsysteme bin. (Bravo!) Wir sind es, weil heute das Milizsystem — das französische Beispiel zeigt es deutlich — bei der ganz geänderten Technik des Militärwesens die stärkste Form militärischer Aufstellung darstellt, die überhaupt denkbar ist. (Zustimmung.) Wenn das aber so ist, so ergibt sich daraus, daß unsere Stellung zur Reichswehr keine prinzipiell ablehnende sein kann (Sehr wahr!), daß die Reichswehr an sich ein Wehrsystem ist, mit dem wir uns unter Umständen abfinden können, vorausgesetzt, daß die Abrüstung, die heute eine einseitige ist, zu einer internationalen wird. (Sehr richtig!) Unsere Politik geht nicht dahin, die Reichswehr zu einer Miliz auszubauen, sondern wir sind der Meinung, daß die Stärkung der Demokratie, insbesondere die Machtentwicklung der Sozialdemokratie Bedingungen schaffen wird, in denen die internationale Abrüstung durchzuführen sein wird. Es gilt also nicht, Kampf gegen die Reichswehr, sondern Kampf um die Reichswehr, um sie immer mehr zu einem zuverlässigen Instrument der Republik zu machen. (Sehr gut!) Das heißt aber: die Reichswehr muß in eine Einstellung zur Republik haben, wie sie die von Severing in Preußen geschaffene Schutzpolizei hat. (Sehr wahr!) Glauben Sie, daß das auf dem Wege der Gesetzgebung zu machen ist, oder glauben Sie, daß das eine Frage der Ausführung ist? Sind Sie der Meinung, daß, wenn an Stelle des Genossen Severing Herr Gehler oder Herr Abgeordneter Brünninghaus in der ganzen langen Zeit in Preußen regiert hätten, dann die Schutzpolizei heute ein verlässliches Instrument der Republik wäre? Die Frage der Reichswehr ist diese Frage, die gesetzgeberisch zu erledigen ist, sondern es wird sich darum handeln, die Verwirklichung zu bekommen. (Sehr richtig!) Es wird darum gehen, daß der Reichswehrminister diese Politik durchführt. Das ist wiederum eine der großen Aufgaben, deren Erfüllung nur möglich ist auf Grund einer freibeweglichen Taktik.

Dazu noch ein Wort! Wir werden in letzter Zeit mit Angriffen von sogenannten radikalen Pazifisten überschüttet. Da wird uns erzählt, wir müßten die Dienstpflicht verweigern, wir müßten in den Generalstreik eintreten. Lassen Sie mich darüber ganz deutlich sein! Nach den Erfahrungen von 1914 — Sie waren bitter genug für jeden einzelnen von uns — halte ich diese ganzen Erörterungen für ein müßiges Spiel der Phantasie! (Lebhafter

(Stimmung.) Wer einen Kriegausbruch erlebt hat, weiß, welche entsetzliche Katastrophe es wäre, sich darauf zu verlassen, daß man mit individueller Tat, wie es die Dienstpflichtverweigerung wäre, irgend etwas ausrichten könnte, daß es möglich wäre, etwa einen Generalstreik zu organisieren, vielleicht in aller Ruhe mit Zirkularen des Parteivorstandes. (Stoß.) Nein, wenn die Pazifisten etwas Vernünftiges wollen, dann sollen sie gefälligst unseren Kampf unterstützen. (Lob, Zustimmung.) Unser Kampf geht dahin, nicht zu warten, bis der Krieg ausbricht, sondern eine Politik zu führen, die den Krieg unmöglich macht. (Erneute leb. Zustimmung.) Das ist das Problem, und das bestimmt auch unsere Stellung zum Völkerverbund. Der Völkerverbund kann ein ganz ausgezeichnetes Mittel der Kriegsverhütung werden. Das hängt wieder davon ab, daß wir in den einzelnen Ländern an Macht zunehmen und die internationale Politik immer mehr beeinflussen können. Die Aufgabe sozialistischer Außenpolitik läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Schiedsgerichte, Abrüstung und internationale Vereinbarungen durch den Völkerverbund, Aufrichtung eines internationalen Rechts, das die Souveränität der einzelnen Glieder der Staatenfamilie einschränkt.

Die ganze Klasse muß es sein!

Nun das Ergebnis! Wenn die Situation so ist, wie ich sie geschildert habe, dann ist und bleibt unsere erste Aufgabe die, wie sie das kommunistische Parteiprogramm formuliert hat: es gilt, die Arbeiterklasse zur politischen Partei zu erheben. Es gilt für uns, endlich den Zustand zu beseitigen, daß Tausende von Proletariern nicht in unserm Lager stehen. Wenn wir uns das deutsche Parteiensystem ansehen, dann müssen wir erkennen, daß es nur möglich ist, weil so viel Schichten, die zu uns gehören, bei den letzten Wahlen bürgerlich gewählt haben. (Sehr wahr!) Nehmen Sie die Deutschen, die arbeiterfeindliche Partei d. h. die es in europäischen Großstädten gibt. Vor dem Kriege waren die Konservativen auf Österreich beschränkt. Es hat kaum eine große Industriestadt gegeben, wo Deutsche überhaupt kandidiert haben. Heute sind die Deutschen in die stärkste bürgerliche Partei in Hamburg, Leipzig und vielen andern Großstädten, weil Tausende von Proletariern, wirklichen Arbeitern, infolge der Verwirrung durch die Inflation und die Nachkriegsereignisse für sie gestimmt haben. Diese loszulösen, ist eine wichtige Aufgabe. Nehmen Sie das Zentrum! Die ganze Macht des Zentrums beruht darauf, daß wir in Deutschland etwas haben, was wir sonst fast nirgends haben, wo eine starke Arbeiterbewegung existiert: die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in christliche und freie. Ich habe gezeigt, wie diese Spaltung längst überholt ist und keinen Sinn hat, wie sowohl die soziale Bewegung als die Zielsetzung bei beiden gleich sein muß. Wir müssen die christlichen Arbeiter immer wieder fragen: warum gibt es keine Spaltung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, warum keine Spaltung des Landbundes? Ihr redet vom christlichen Solidaritätsempfinden. Worin unterscheidet sich denn die Politik der katholischen Tröster, Rädner usw. von der Politik der protestantischen Unternehmer? In gar nichts höchstens darin, daß die Tröster und Rädner es manchmal leichter mit den Arbeitern haben, weil hier die politische Gemeinschaft die Kampfkraft der christlichen Arbeiter in solchen Unternehmungen abschwächt. Solange das Christentum nicht den Unternehmer überzeugt, Konzessionen im Klassenkampf zu machen — warum soll es dazu dienen, den Klassenkampf der Arbeiter abzumildern? Also es ist, die ganze Arbeiterklasse als politische Partei zu konstituieren. Ich habe gezeigt, wie die ökonomische Entwicklung in der Richtung geht, daß sie immer mehr den Sozialismus als das unmittelbare

Problem der Arbeiterklasse hinstellt. Ich habe gezeigt, wie die Wechselwirkung zwischen Staat und Wirtschaft immer enger werden muß, habe gezeigt, von welcher Bedeutung die Politik für das Arbeiterfortschritt ist, also die Notwendigkeit für das Proletariat, die Eroberung der Staatsmacht zur Verwirklichung des Sozialismus endlich zu erreichen.

Wir kennen den Weg, wir kennen das Ziel! Unsere Aussichten sind gut, die deutschnationale Rechtsregierung und die Mitwirkung der andern Parteien bedeuten nichts anderes als die Selbstentfaltung der Reaktion. Es ist sehr nützlich, daß den Proletariern gezeigt wird, was es bedeutet, daß sie deutschnational und bürgerlich gewählt haben.

Diese Entfaltung der Reaktion ist begleitet von der Selbstzerfleischung der Kommunisten. An den Kommunisten erfüllt sich der Fluch von Halle. Damals habe ich den Leuten gesagt: Ihr werdet untergehen! Entweder werdet Ihr versuchen zu pulsen, dann werdet Ihr das Proletariat in Abenteuer verlocken, die sinnlos sind, dann werden Menschenopfer fallen unerhört, ohne jede Wirkung außer der Stärkung der Reaktion. Sie haben gepulst, die Arbeiter sind gefallen, die Reaktion hat gestiftet. (Sehr wahr!) Oder aber, habe ich damals gesagt, Ihr werdet nicht pulsen, Ihr werdet versuchen, parlamentarisch zu arbeiten. Was werdet Ihr dann machen können? Dann seid Ihr von vornherein nichts als ein Teil der sozialistischen Bewegung; höchstens daß Ihr ein paar andere Phrasen gebrauchst, als wir sie zu reden gewohnt sind. Dann ist es ein Verbrechen, zu pulsen, dann müßt Ihr daran zugrunde gehen!

Parteilosen, die Kommunisten gehen zugrunde — es mag etwas länger oder etwas früher dauern. Ich verstehe, daß die Arbeitlosen, die jahrelang das Verhängnis der Arbeitslosigkeit ertragen haben, daß die vielen Herzweilenden, die in der Inflation ihr Geld verloren haben, daß die vielen Leute, die im Kriege jeden andern Glauben als den an die Gewalt eingehängt haben, vielleicht noch aus einem blinden Instinkt einen kommunistischen Wahlschein in die Urnen werfen. Aber eine Bedeutung für die sozialistische Bewegung hat die kommunistische Partei gar nicht, sie ist verloren! (Sehr richtig!)

Parteilosen! Ein großer Sieg der Sozialdemokratie erscheint als möglich. Ich sage nochmals: wir kennen den Weg, wir kennen das Ziel. Wenn wir kämpfen unter dem Wahlspruch: trennung sozialistischer Prinzip, unbeirrbar im Ziele der Eroberung der Staatsmacht, aber freie Beweglichkeit für unsere Taktik, dann wird aus der Wahlscheit des Sieges die Wirklichkeit des Sieges werden! (Stürmischer Beifall.)

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Kiel nahm nach der Rede Hilferdings folgende Resolution an:

I. Nachdem die Versuche, die demokratische Republik gewaltfam zu beseitigen, an dem wachsenden Widerstand der arbeitenden Massen gescheitert sind, versucht die politische und soziale Reaktion unter Führung der Deutschen Nationalen Partei die alte Herrschaft von Großgrundbesitz und Großkapital durch Ausnützung der Regierungsmacht wieder herzustellen. Die Deutschen Nationalen verbergen vorübergehend ihre monarchistischen, republik- und demokratiefeindlichen Bestrebungen, um sich die Hilfe anderer bürgerlicher Parteien zur Durchführung der materiellen, sozialreaktionären Ziele des Großbesitzes zu sichern.

Zugleich wächst mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals die Organisierung der Wirtschaft unter der Leitung und zum Nutzen der Kapitalistenklasse. Der Kampf um die Beseitigung des Besitzprivilegs, um die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Leitung und den Ergebnissen der Wirtschaft, um die fortschreitende Umwandlung der kapitalistisch-oligarchischen in die sozialistisch-demokratische Wirtschaftsorganisation wird damit zur unmittelbaren Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Der Kampf um die Behauptung der Republik und die Ausgestaltung der Demokratie, die Abwehr der sozialen Reaktion und die Erringung der Wirtschaftsdemokratie erfordert die Vereinigung aller Arbeitenden in einer politischen Partei, in der Sozialdemokratie.

Als politische Partei lehnt die Sozialdemokratie jede Spaltung der Arbeiterbewegung aus konfessionellen Gründen ab. Die politischen und sozialen Ziele der Arbeiterbewegung sind völlig unabhängig von der religiösen Überzeugung und den weltanschaulichen Meinungen ihrer einzelnen Glieder. Der Parteitag erhebt deshalb Protest gegen die Entfesselung eines sogenannten Kulturstampfes. Er erklärt darin nur den Versuch sozialreaktionärer Kreise, die Trennung zwischen den Arbeitern aufrechtzuerhalten und zu erweitern, um über die Getrennten die politische und soziale Herrschaft leichter ausüben zu können; eine Ablenkung der Arbeiterbewegung von ihren wirklichen Aufgaben. Der Kampf um die Schule ist für die Sozialdemokratie ein Teil des Bestreitungskampfes der Arbeiterklasse. Sein Ziel ist die Beseitigung des Bildungsprivilegs, die Aufstiegsmöglichkeit für alle Befähigten ohne Unterschied des Besitzes, die Hebung des Bildungsstandes und des Kulturgrades der Massen. Die Überwindung des Bildungsprivilegs ist aber eine gemeinsame Angelegenheit aller arbeitenden Schichten. Nicht Trennung durch die Religion, sondern gemeinsamer Kampf um Teilnahme an allen Errungenschaften der Kultur ist der wahre Kulturstampf.

II. Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erringung und Behauptung möglichst zahlreicher Machtpositionen in Gemeinde, Staat und Reich notwendig. Allein durch die aktive Betätigung in der Verwaltung kann die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden. Schon daraus ergibt sich die hohe Bedeutung der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Verwaltung der Gemeinden und Länder. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung hängt allein von der Prüfung der Frage ab, ob die Stärke der Sozialdemokratie im Reichstag und im Reichstag die Gewähr gibt, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung

gelegene Ziele zu erreichen oder reaktionäre Versuche abzuwehren. Entscheidung über die Teilnahme an der Regierung ist eine taktische Frage, deren Beantwortung nicht durch bestimmte Formeln ein für allemal festgelegt werden kann.

III. Die Losreißung der ihnen noch verbliebenen Arbeiterschichten aus der Fahrgeschwindigkeit der bürgerlichen Parteien, die Sprengung der reaktionären Koalition und der Sturz der Reichsregierung steht bei den kommenden Reichswahlen zur Entscheidung. Der Zerfall der Kommunistischen Partei, die Selbstenttarnung der bürgerlichen Reaktion machen den Sieg möglich. Der Parteitag ruft alle Vertrauensmänner der Partei auf, in stärkster Geschlossenheit die Vorbereitung für den Wahlkampf zu betreiben. Es geht um die Stärkung der politischen und sozialen Machtstellung der Arbeiterklasse, um das Ziel, in der demokratischen Republik die sozialistische Arbeiterbewegung zur ausschlaggebenden politischen Macht zu erheben.

Und nun die Schlussfolgerung:

**Werdet Mitglied der
Sozialdemokratischen Partei!**

Leit die sozialdemokratische Presse!

vermehrt vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
verantwortl.: Georg Schmidt, Berlin. — Druck: Chr. Jandt & Co., Kiel.

65 944.46
 62 92.92
 17 72.5
 17 72.5
 17 72.5

17 72.5
 17 72.5
 17 72.5
 17 72.5
 17 72.5

65 944.46
 62 92.92
 17 72.5
 17 72.5
 17 72.5

17 72.5
 17 72.5
 17 72.5
 17 72.5
 17 72.5